

Malen unter dem Zwang der Erinnerung, aber mit dem Licht der Hoffnung

Ex-Häftling Gino Kuhn eröffnet abermals eine eigene Ausstellung – und er öffnet sich ein weiteres Mal selbst

Wenn dir das Erlebte zur Last wird und dir die grauenhaften Bilder der Vergangenheit jede Nacht in deinen Alpträumen auflauern, dann möchtest du sie irgendwie loswerden und sie besiegen – diese Feststellung trifft ganz sicher nicht nur auf den Maler und VOS-Kameraden Gino Kuhn zu, der unter eben diesen Zwängen leidet, die er wie die meisten von uns als politischer Häftling der DDR aus dem Knast von Cottbus mitbekommen hat.

Gino Kuhn hat gegenüber vielen anderen Ex-Häftlingen den Vorteil, dass er sein Hafttrauma durch künstlerische Mittel veranschaulichen und ein bisschen auch aufarbeiten kann. Das ist wichtig, nicht nur für ihn, sondern für uns alle, die wir wie er im Strafvollzug enge Zellen, erbarmungslose Rechtlosigkeit und sozialen Abgrund erfahren mussten.

Es gibt jedoch keinen Grund, ihn um seine künstlerischen Fähigkeiten zu beneiden oder ihm die Anerkennung, die er zunehmend genießt, zu missgönnen. Im Gegenteil, wir sind froh, dass er die Gabe des Malens besitzt und dass er das auf seine Bilder

projiziert, was bei uns selbst in den Köpfen und den Herzen lebendig begraben liegt: die eigene traumatische Erinnerung. Was wir auf Kuhns Bildern sehen, sind stumm schreiende Gesichter und gramvoll verknöcherte

Gestalten in anklagender Abwehrhaltung.

Wer dort war, in einem der Haftmoloche des Arbeiter- und Bauernparadieses, für den bedarf es beim Anblick der Bilder keiner Erläuterung. Eher muss man stauend rückfragen, können solche tief bestürzenden Motive denn nur entstehen, wenn der Künstler das dargestellte Leiden selbst erfahren musste?

Es ist weder ein Zufall noch eine begünstigende Geste der Politik, dass Gino Kuhn mittlerweile einen breiten Kreis an Interessenten und auch Bewunderern seiner Werke gefunden hat. Seine Motive, seine Vita und natürlich auch seine Malerei sind so offensiv und herausfordernd real, dass sie sich auf Dauer zunehmend durchsetzen werden. *Tom Haltern*

Anm.: Bitte beachten Sie im Innenteil dieser Fg (Seite 3) die aktuelle Ausstellungsankündigung.



Die Ergebnisse werfen viele Fragen auf

Zu den drei Landtagswahlen in den Neuen Bundesländern

Was wird aus der FDP? Welche Rolle wird die AfD künftig in Deutschland spielen? Und: Welche Rolle wird die Linke in den Neuen Bundesländern und demnächst vielleicht sogar auf Bundesebene spielen? Das sind die Fragen, die sich uns mit Blick auf die nahe Zukunft stellen.

Dass die Linke so abschneidet, wie nunmehr geschehen, war zu erwarten. Das heißt, sie hat sich zwar nicht verbessern können, und man weiß, dass sie ihren Zenit überschritten hat, aber durch die Ergebnisse der anderen Parteien, insonderheit das Emporschießen der AfD, ist sie in eine taktisch vorzügliche Position gekommen. Ob sie es schafft, über die SPD und Bündnis 90 / Die Grünen erstmals einen Ministerpräsidenten aufzuzischen, muss abgewartet werden. Wenn ja, wird Thüringen zu einem Prüfstein für die selbst verkündeten eigenen hohen Maßstäbe.

Bodo Ramelow, der lange auf diese Chance gewartet hat, ist nicht nur in den Augen seiner politischen Gegner ein Karrierist, der aus dem Westen kommt und keine authentischen DDR-Erfahrungen vorzuweisen hat. Er ist wie andere Wessis erstmals auf den Zug der Wiedervereinigung gesprungen.

Die AfD, an der nun niemand mehr vorbeikommt, bleibt vorerst ein Fragezeichen – nicht nur für uns als VOS. *A.R./H.D.*

Wieder eine Fg-Ausgabe und wieder zwei Nummern in einer. Vermutlich hat so mancher VOSler gezweifelt, ob die Zeitung überhaupt noch einmal erscheint. Allen, die sich derartige Sorgen machen, sei gesagt, dass wir die Erscheinungsweise vorerst im Zwei-monatsrhythmus beibehalten werden und unsere Zeitung somit finanzierbar bleibt. Allerdings hoffe (nicht nur) ich, dass dieser Zustand nicht mehr allzu lange dauern wird – nicht nur im Interesse der Leserinnen und Leser. Für mich als Redakteur ist es auch nicht ganz einfach, zwei Monate mit der Veröffentlichung zu warten. Beiträge, die ich vier Wochen vor Redaktionsschluss schreibe und formatiere, sind bei Erscheinen nicht unbedingt aktuell. Andererseits lässt sich so eine Zeitung nicht innerhalb weniger Tage fertigstellen, so dass ich nicht erst eine Woche vor Drucklegung damit beginnen kann.

Im nächsten Jahr „feiert“ die Freiheitsglocke dann wieder ein Jubiläum. Wir erwarten die 750. Ausgabe. Es ist durchaus ein denkwürdiges Ereignis, denn es gibt wenige Presseerzeugnisse im Nachkriegsdeutschland, die sich so lange und so konstant gehalten haben. Die Zeitung hatte trotz der kleinen Auflage immer ein politisches Gewicht, und sie hat für die, die ihr die Treue gehalten haben, auch für sozialen Rückhalt gesorgt. Mehrmals sah es aus, als würde sie vor dem Aus stehen, so dass ich in Zeiten höchster finanzieller Sorgen sogar drei Nummern in einer Ausgabe untergebracht habe. Nachdem wir Anfang des neuen Jahrtausends einige grundsätzliche Modalitäten geklärt hatten, war die Erscheinungsweise trotz der fortan wegfallenden Förderung lange stabil.

Was das Erscheinen einer Nummer 750 angeht, bin ich recht zuversichtlich, dass die VOS das schafft. Eine Jubiläumszeitung, wie das mancher erwartet und wie es eigentlich angemessen wäre, werden wir uns freilich nicht leisten können, zumal die letzten Monate gezeigt haben, dass wir finanziell weiter allein auf uns selbst angewiesen sind und sich trotz Drängens beim Gericht noch keine Entscheidung abzeichnet.

Was gibt es nun Neues in Sachen Opferente? Leider haben wir uns während der letzten zwei Monate, ähnlich wie der Bundestag, in einer Art Sommerloch befunden. Daher sind nur vereinzelte Aktivitäten und keine Fortschritte zu verzeichnen. Das Thema selbst beschäftigt aber weiter nahezu alle, die die Fg

Auf ein Wort des Redakteurs

lesen. Die Reaktion der meisten VOS-Mitglieder äußert sich gleichsam als Enttäuschung, aber auch als Bereitschaft des weiteren Handelns.

Mit der angekündigten Aufstockung von 50 Euro je Monat sind viele nur bedingt zufrieden. Es ist nicht nur der Betrag, der zu niedrig erscheint, es ist auch die Art und Weise und der verspätete Zeitpunkt, mit denen man die Opfer des kommunistischen Unrechts bedenkt. Haben wir uns denn nicht genug bemüht? Nicht mal eine Rückdatierung dieser Aufstockung auf den Juli ist vorgesehen. Dabei wäre gerade eine solche Rückdatierung ein gutes Signal, das auch zu den Beteuerungen und Festlichkeiten zum 25. Jahrestages des Mauerfalls passen würde. Hat der Staat diese paar Millionen, die eine solche Maßnahme kosten würde, wirklich nicht übrig?

Man muss angesichts dieses Vorgehens an die Politiker die Frage richten, ob man im Bundestag oder den Landesparlamenten begriffen hat, was es bedeutet, SED-Opfer gewesen zu sein und wo unser Land heute ohne den Widerstand und die schlimmen Schicksale seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stehen würde.

Wenn wir als Betroffene trotzdem von der Forderung nach einer Ehrenpension von 500 oder gar 700 Euro reden, so halte ich deren Erfüllung kurzfristig kaum für durchsetzbar. Wir sind als Verband seit Jahren nicht offensiv und selbstbewusst genug gewesen, um auf uns aufmerksam zu machen. Dennoch ist es kein Fehler, diese Summen zu nennen und zu for-

dern. Letztlich beziffern sie die Lebensleistung, die bei jedem Einzelnen zu Buche steht, etwas deutlicher, und sie wären ein angemessenerer Ausgleich für das, was uns durch die Haft und die Verfolgung an beruflicher Entwicklung und an der Möglichkeit, Rentenbeiträge einzuzahlen, entgangen ist. Es ist also durchaus kein Fehler, sich um

Gespräche mit den Abgeordneten des jeweiligen Wahlkreises in Verbindung zu setzen und auf unser Anliegen hinzuweisen. Da wir – nicht nur durch das reduzierte Erscheinen der

Fg – schon wieder längere Zeit nichts über das Thema Zwangsarbeit im sozialistischen Strafvollzug gehört haben, ist es sinnvoll, die Forderung nach einer (deutlich) höheren Opferente mit der Forderung nach einer Entschädigung für die geleistete Zwangsarbeit miteinander zu verbinden.

Natürlich darf es uns nicht nur um eine (spürbare) Erhöhung der bisherigen Opferente gehen. Nach wie vor steht auch die Einbeziehung von Opfern mit kurzer Haftzeit, die bisher keine Zahlungen erhalten, auf unserer Dringlichkeits-Agenda. Ebenso wenig rücken wir von der Forderung nach einer Vererbbarkeit der Opferente für hinterbliebene Ehepartnerinnen oder Ehepartner ab. Insgesamt sollten wir uns darüber im Klaren sein, dass nur wir selbst uns weiterhelfen können. Angesichts der weltweit zunehmenden Konflikte, wird unser Land, das als reich und aufgeschlossen gilt, ständig genannt, wenn finanzielle Unterstützung, Waffenlieferungen und Asylgewährung gefordert werden. Natürlich unterstützen wir die Haltung der Bundesregierung, wenn es um humanitäre Hilfen geht. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass wir als Opfer unserer eigenen Geschichte im eigenen Land in Vergessenheit geraten oder der Verharmlosung anheimfallen. Wir als Verfechter der Demokratie haben einen großen Beitrag dazu geleistet, dass Deutschland heute in der Lage ist, anderen Ländern zu helfen und zur Konfliktbewältigung beizutragen.

*Bis zu dieser nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

Titelseite

Düstere Farben – düstere Erinnerungen Der Gino Kuhns Bilder machen nicht nur auf das eigene Schicksal des Malers aufmerksam

In Thüringen ist vieles möglich, in Brandenburg bleibt es wie es war

Nach den Landtagswahlen in den Neuen Bundesländern

Redaktionsthema

Opferrente, VOS und die Finanzen, Wahlen in den Bundesländern 2

Zusammenarbeit von VOS und Politik
Eigentlich bestehen Einigkeit und Klarheit
 Landes-VOS in Sachsen ist sich in Fragen der Vereinfachung und Transparenz einig 4

Bearbeitungszeiten bis zu zehn Jahren
 VOS und Land Sachsen suchen gemeinsam nach Termin- und Inhaltslösungen 5

Ein Bekenntnis gegen Staat und Militär
 Ehemalige DDR-Spatensoldaten treffen sich in Wittenberg 5

Warum läuft die Frist jetzt schon ab?
 Nur noch wenig Zeit für ehemalige Heimkinder zur Beantragung von Zahlungen 6

Ehrenamt auch in der VOS? 6

Ich wäre für die Gründung einer Partei „Biologische Lösung“ ausgeschlossen 7

Das Museum der besonderen Art
 Martin Hoffmann lud zu Veranstaltung ein 7

Wieder ein „Promi“, der sich nicht offenbart
 Auch DDR-Entertainer und Shanty-Barde Horst Köbber war im Speziallager 7

Eine Schließung mit geschichtlichen Folgen
 Was passiert mit dem Lager Perm 36? 8

Was andere nicht bringen, bringt die Fg
 Auch dieses Jahr gab es ein Bautzen-Treffen 9

Das Gedenken an den organisierten Freikauf
 Chemnitzer Kaßberg weckt großes Interesse. Gedenkfeier, Fragen und ein Appell 10 - 11

Auch in diesem Jahr zu Fuß Berlin umrundet
 Mauermarathonlauf am 13. August 12

Opferrente – das Thema bewegt uns
 Zwei Leserbriefe 12

Er war und bleibt ein Garant der Einheit
 Pfarrer Christian Führer im Juli verstorben 12

Haftbedingungen wie für Schwerstkriminelle
 Schreckgespenst Waldheim 13

Antikommunist aus Erfahrung
 Ein Nachruf auf Wolfgang Leonhard 14

Ist fehlende Kompetenz nur ein Vorwand?
 Über die Doktorgrade der Stasi-Hochschule 14

Traue mich kaum, über die Haft zu reden 14
Wir danken Kameradin Petra Dietz 15

Die unendliche Geschichte vom DDR-Geld
 Neue alte Spur führt in die „Schwiez“ 15

Briefe, Termine, Zitate, Nachrufe 6, 7, 15
 Impressum, Adressen, Hinweise 16

Info-Termin:

Die VOS-Bezirksgruppe Chemnitz – Stollberg – Hohenstein-Ernstthal trifft sich immer am zweiten Mittwoch des Monats von 15.00 bis 17.00 Uhr im Bürgerhaus Brühl-Nord, Müllerstraße 12. Telefon 0371-449277.

VOS dankt Klaus Wowereit

Rücktritt des scheidenden Berliner OB

Die VOS dankt dem nach 13 Jahren Amtszeit abtretenden Regierenden Oberbürgermeister von Berlin für seine Unterstützung für den Opferverband. Wie auch seine Vorgänger hat Klaus Wowereit an den Gedenktagen an Veranstaltungen der VOS und der UOKG teilgenommen. Auch die finanzielle Förderung des Berliner VOS-Landesverbandes durch den Senat wurde für einige Jahre unter seiner Regierung fortgesetzt, fand aber nun leider ihr Ende, was letztlich dazu beitrug, dass der gesamte Verband in seiner Existenz bedrängt ist. *Fg/HD*

Spendenbereitschaft konstant gut

Hans Schwan, Manfred Stecher, Wilhelm Sperling, Wolfgang Altmann, Günter Blank, Ingrid Arena, Günter Prescher, Joachim Hänel, Holker Thierfeld, Gottfried Mothes, Kurt Siehl, Roland Ermer, Wolfgang Lehmann, Helmut Padel, Dr. Hans-Gunter Rein, Gerd Berlin, Horst Lindemuth, Dietmar Stefke, Michaela und Klaus Maul, Heinz Noack, Manfred Kraft, Hartmut Czyba, Armin Bernecker, Gerhard Bartels, Rudi Ernst, Gerhard Penzel, Erhart Krätschmar, Heinz Richter, Hans-Joachim Erler, Gerd Ahnert, Erich Schmidt, Hartmut Behle, Wolfgang Siegel, Rudolf Koschek, Wolfgang Thamm, Erich Keppeler, Eberhard Kaduk, Wolfgang Seidel, Fritz Giese, Günter Uhlig, Erik Hofmann, Felicitas Rosentreter, Erhard Dannehl, Helmut Meyer, Bernd Schnabelrauch, Elfriede Wisinger, Dr. Martin Hoffmann, Gottfried Hoyer, Helmut Felbrich, Günter Scharf, Günter Schiersand, Ingolf Braungart, Petra und Roland Frischauf, Karl-Heinz Hammer, Günter Steinrücken, Ingrid und Helmut Meisner, Ursula Krauß, Helmut Günther, Wilfried Seifert, Helmut Gorgas, Dieter Jakob, Dr. Stefan Lindner, Helmut Laas, Heinz Zierow, Günter Meise, Eberhard Hollstein, Karl-Heinz Ulrich, Gerhard Wendler, Siegfried Müller.

Allen Spenderinnen und Spendern sei herzlich gedankt. Der Verband bleibt stark und demokratisch.

Vom Tigerkäfig ins Licht der Freiheit

Ausstellung der Bilder von Gino Kuhn

Im Foyer der Sparkasse

Miltenberg-Obernburg und im OT Kochsmühle
Eröffnung am

Mittwoch 24. September um 19 Uhr

durch Heinz-Peter Kehrer (Begrüßung), Dietmar Fieger (1. Bürgermeister Obernburg), Thomas Feußner (Vorstandsvorsitzender Sparkasse), Dr. Linduschka (Laudatio) und Gino Kuhn (Zeitzeuge/Künstler)

25. September bis 19. Oktober

Geöffnet zu den Geschäftszeiten der Sparkasse

Mehr Respekt, weitere Erleichterungen und mehr Verständlichkeit

Sächsischer Landtag sucht gemeinsam mit Landes-VOS nach Wegen zur Hilfe für SED-Opfer

Bereits im Mai 2014 fand in Sachsen ein Treffen von vier Vertretern der VOS und den Vertretern der Landtags-Fraktionen von CDU und FDP statt. Die Vertreter beider in dieser Zeit regierenden Parteien, unterzeichneten einen Antrag, demzufolge die Situation von Opfern der SED-Diktatur verbessert werden sollte. Es wird angestrebt, dass es durch gesetzliche Regelungen schnellere Bearbeitungszeiten von Anträgen – auch bei beantragten Rehabilitierungsleistungen – geben soll und die Verfahren durch großzügigere Bearbeitungsmodalitäten zu positiven Bescheiden führen. In dem o.g. Gespräch wurde auch der Einsatz von qualifizierten Gutachtern und Behördenmitarbeitern thematisiert. Hierbei ist anzumerken, dass – vor allem in den Alten Bundesländern – die ehemaligen politischen Häftlinge oft zu hochbezahlten Gutachtern geschickt werden, denen es an der erforderlichen Sensibilität und leider auch am Fachwissen fehlt. Gutachter, aber auch Rechtsvertreter haben ehemalige Strafvollzugsanstalten der DDR weder von außen noch von innen gesehen, über die Haftbedingungen sind sie nicht wirklich informiert. Derartige Defizite ziehen zwangsläufig Fehleinschätzungen nach sich. Anträge auf Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden werden daher oft genug abgewiesen – und dies leider in einer Art, in der sich die Opfer in ihre frühere Rolle als Spielball der DDR-Justiz zurückversetzt fühlen.

Um dies wenigstens schrittweise abzuändern, wurden im hier erwähnten Antrag an den Landtag, der von Steffen Flath seitens der CDU und durch die FDP von Zastrow unterzeichnet wurde, konkrete Punkte genannt.

Dabei geht es:

1. Um die Prüfung der bisherigen rehabilitierungsrechtlichen Vorschriften für die Opfer politischer Verfolgung und um die Frage, ob eine Verbesserung der Situation der Opfer erreicht wurde bzw. erreicht wird.
2. Um die Einbeziehung von Opfergruppen, die bisher bei Entschädigungen und Rehabilitie-

rungsverfahren nicht berücksichtigt worden sind.

3. Um mehr Eindeutigkeit und Verständlichkeit bei der Abarbeitung von Anträgen auf Rehabilitierung und Entschädigung sowie um spürbare Erleichterungen bei der unabdinglichen Vorlage von Nachweisen.
4. Um kürzere Bearbeitungszeiten der Anträge auf Gewährung einer Besonderen Zuwendung für ehemalige politische Haftopfer der SBZ und der DDR, um schnellere Zahlungen zu ermöglichen.

Darüber hinaus enthält der Antrag eine Bestandsaufnahme der bisherigen Regelungen und Schritte zur Wiedergutmachung geschehenen Unrechts, wobei auch auf die Verdienste der Opfer bei der Erlangung von Demokratie und Freiheit eingegangen wird. Fast 50.000 Personen, so heißt es, sind (oder waren) inzwischen Bezieher der Opferrente, doch es wird zugleich festgestellt, dass der monatlich mögliche Betrag von 250 Euro seit seiner Gewährung in 2007 nicht erhöht worden ist. Die Feststellung geht mit der Empfehlung einer angemessenen und zeitnahen Erhöhung einher – eine Aussage, die seitens der politischen Haftopfer und der VOS bedingungslos geteilt wird. Ebenso geht der Antrag auf das Thema Antragsfristen ein. Da sich – aus unterschiedlichen Gründen – auch 25 Jahre nach dem Mauerfall noch Ansprüche von Opfern ergeben könnten, wird eine Verlängerung der Antragsfristen auf den 31.12. 2025 gefordert. Dies könnte auch jenen zugutekommen, die zwar im SED-Staat verfolgt oder inhaftiert wurden, deren Haftdauer jedoch nicht für die bisherigen Anforderungen nach einer Opferrente ausreicht.

Ein weiterer Passus ist der Opfergruppe der Jugendlichen aus Heimen gewidmet. Hier soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass seitens der Regierungsgremien und der Historiker viel zu spät und viel zu zögerlich auf das Unrecht eingegangen wurde, das man in der DDR mit voller Härte gegenüber Minderjährigen ausgeübt hat. Zwangseinweisungen in Heime o-

der Jugendwerkhöfe sind oft nicht eindeutig nachweisbar, da es kaum Unterlagen gibt und die Einrichtungen rechtzeitig durch den SED-Staat geschliffen worden sind. Wie man aus anderen Opfergruppen weiß, wird Zeugenaussagen oft nicht ausreichend Glauben geschenkt. Mittlerweile wurde zwar ein Hilfsfonds eingerichtet, doch gehen die Antragsfristen schon wieder zu Ende, was nicht nur für die Betroffenen selbst unverständlich ist. Der Antrag von CDU und FDP an den sächsischen Landtag stellt zudem fest, dass der Grad der Traumatisierung bei den Betroffenen dieser Opfergruppe besonders hoch ist und bis heute andauert. Wer als Kind oder Jugendlicher der gleichen oder noch schlimmeren psychischen und körperlichen Gewalt, wie man sie in den sozialistischen Haftanstalten grundsätzlich vorfand bzw. ausübte, ausgesetzt war, die oder der ist in der Regel den Anforderungen, die sich mit dem Ausfüllen von Formularen und dem Abfassen von Erklärungen ergeben, kaum gewachsen. Neben der Verlängerung der Antragsfristen und einer Aufstockung des Hilfsfonds zielt das Papier daher auch auf eine Vereinfachung der Antragstellung ab.

Auf jeden Fall ist es begrüßenswert, dass die Forderung erhoben wird, Verfahren transparent und verständlich durchzuführen und die Nachweispflichten für erlittenes Unrecht auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Dies würde auch dem hohen Alter Rechnung tragen, das wiederum die Haftopfer aus der unmittelbaren Nachkriegszeit aufweisen. Wörtlich heißt es: „Die Erfüllung berechtigter Ansprüche darf nicht durch überlange Verwaltungsverfahren faktisch verweigert werden.“ Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen, bestenfalls die Forderung, dass es nicht bei diesen Erklärungen bleiben darf, denn für die Betroffenen zählt das, was sie nachher in der Tasche bzw. auf dem Konto finden, und für sie zählt, dass man seitens der Gutachter, der Behördenmitarbeiter und gegebenenfalls der Gerichte respektvoll mit ihnen umgeht. *F.Nemetz/B.Thonn*

→ weiter zum Thema auf S. 5

Gemeinsam Lösungen suchen

Initiative der VOS Sachsen sollte als Beispiel für die VOS in anderen Bundesländern übernommen werden

Obwohl im Antrag von CDU und FDP wesentliche Forderungen der SED-Opfer enthalten sind, wurde bei dem Treffen der VOS-Kameraden des Landesverbandes Sachsen mit den Fraktionsvertretern auf weitere Fakten hingewiesen. Zudem wurden zusätzliche Forderungen genannt, die von Seiten der VOS allerdings schon seit Langem aufgeführt werden.

So wiesen die VOS-Vertreter nachdrücklich darauf hin, dass es in Sachsen noch 2.500 unbearbeitete Anträge von SED-Opfern auf Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden und Gewährung von Versorgungsleistungen gibt. Die Bearbeitungszeit, so die VOS, würde teils bei zehn Jahren liegen. Hier bestünde unbedingter Korrekturbedarf, zumal dazu auch der Koalitionsvertrag von CDU und SPD (Seite 150) eine Aussage im Sinne der Opfer getroffen habe. Generell, so die VOS, stehen auch die Landesregierungen gegenüber den SED-Opfern bezüglich der sozialen Betreuung und in Fragen der Wiedergutmachung begangenen Unrechts in der Pflicht. In Sachsen sei das zwar erkannt und angemahnt worden, in anderen Bundesländern bestehe jedoch teils noch Aufholbedarf. Intern wäre es daher für die VOS denkbar, eine bessere Vernetzung der Landesvorsitzenden zu erreichen. Ähnlich wie in der politischen Struktur der Bundesrepublik, wo die Länder gemeinsame Gremien bilden, könnten auch die Landesvorsitzenden nach Koordinierung durch den Bundesvorstand einmal pro Jahr zusammenkommen und – im Sinne einer Stärkung der Bundes-VOS und als Interessenvertretung der SED-Opfer – die genannten Probleme beraten bzw. deren Lösung auf den Weg bringen. Auf diese Weise wäre es möglich, Erfahrungen bei der Herstellung von Kontakten mit den einzelnen Landesregierungen und den für die Anliegen der SED-Opfer zuständigen Ministerien auszutauschen. Im Landesverband Sachsen wurde mit dem Auftreten der „Kontaktgruppe“ um Frank Nemetz und Bernd Müller-Kaller schon mal ein gutes Beispiel gegeben, das auch an anderer Stelle Schule machen kann.

Um der Bearbeitungszeit von Rehabilitierungsanträgen einen festen Rahmen zu geben, schlugen die VOS-Vertreter vor, eine konkret limitierte Frist zu schaffen. Diese solle nicht mehr als sechs Monate betragen. Denkbar wäre, bei Nichteinhaltung dieser Frist die Anträge automatisch als genehmigt zu werten. Ansonsten könnte man auch erwägen, Gesundheitsschäden ohne den Einsatz von medizinischen Gutachtern anzuerkennen. Für die Opfer ist es ohnehin schwer, nach mehr als zwei Jahrzehnten ihre Haftnachwirkungen glaubhaft zu schildern. Allein das Wissen um das Misstrauen und die Gegenpositionen der Gutachter schafft Blockaden in den Köpfen der Betroffenen.

Im Sinne der Opfer könne man auch eine „Widerspruchskommission“ in der Landesbehörde einrichten, der auch Mitglieder der Opferverbände angehören sollten. Der Kommission fiele die Aufgabe zu, Ablehnungsbescheide zu prüfen und gegebenenfalls aufzuheben. Diese Variante würde auch der Situation zugutekommen, dass bei einigen Opfern die Haft- oder Krankenakten nicht auffindbar sind und somit eine Nachweissführung nicht dokumentiert werden kann. Fest steht, es sind noch längst nicht alle Probleme gelöst. Aber es gibt Wege zu deren Lösung. Diese Wege führen über Gespräche und Beratungen. Die VOS-Kameraden in Sachsen haben gezeigt, dass wir als Verband und Vertreter der SED-Opfer mit unseren Möglichkeiten längst nicht am Ende sind. *AR / F.Nemetz*

Auch ohne Waffe für die NVA im Dreck gewählt

Treffen ehemaliger DDR-Bausoldaten

Über die Bausoldaten in der DDR weiß man heutzutage fast so wenig wie zu den Zeiten, da es unter dem SED-Regime einen Wehrdienst gab. Erinnerung man sich doch kaum an das Jahr, in dem der Wehrdienst unter Regierungschef Ulbricht angeordnet wurde: 1962. Zwei Jahre später schuf die SED-Regierung dann – notgedrungen wegen der Vielzahl von Menschen, die das Militär oder die DDR überhaupt ablehnten – eine Möglichkeit, jugendliche Verweigerer wenn schon nicht an der Waffe, so doch mit anderen Mitteln in die Rechtlosigkeit des sozialistischen Barras‘ zu zwingen.

Fünfundzwanzig Jahre ist das nun her, wobei die Anfänge der Waffenverweigerer noch weitere fünfzig Jahre zurück liegen. Wenn wir heute wie damals davon sprechen, dass die „Volksarmee“ der DDR ein menschenverachtendes, tragikomisches Gefüge war, in dem die 18- bis 26-Jährigen in Wortessinn nicht selten schon mal Dreck fressen mussten, so darf man aber nicht davon ausgehen, dass es die Verweigerer leichter hatten. Sie wurden, wenn auch ohne Waffe in der Hand, auf Baustellen oder in volkseigenen Betrieben eingesetzt, und sie hatten so wenig wie der einfache NVA-Muschkote das Recht, sich auf irgendeine Weise zu wehren. Und auch sie mussten – in abgeändertem Text – einen Fahneid auf Staatstreue und Erfüllung des Untertanengehorsams leisten. Andererseits bekamen sie nach dem Ausscheiden aus der Armee den imaginären Stempel „Staatsfeind – darf nicht studieren!“ aufgedrückt.

Dennoch weigerten sich seit Gesetzeserlass bis zum Ende der DDR etwa 25.000 junge Männer, den Dienst an und mit der Waffe zu tun. Etwa 10.000 von ihnen hatten sogar das Glück, dann nicht mal die Uniform mit dem Spatenzeichen anziehen zu müssen, sie blieben vom Drill gänzlich verschont.

Ein Großteil der Verweigerer fand nach dem Spatendienst Unterschlupf bei der Kirche, die auch ein Vierteljahrhundert nach dem Ende von NVA und Bausoldatendruck und anlässlich der 50-jährigen Wiederkehr des Verweigerungsgesetzes einen Kongress bzw. ein Treffen für ehemalige Bausoldaten der DDR veranstaltete. Hier zeigte sich, dass unter den „Ehemaligen“ eine gute Vernetzung bestand und besteht, die auch bis 1989 Einfluss auf die Friedensbewegung der DDR hatte und zu den Massenprotesten beitrug.

Der Kongress, der im September in Wittenberg stattfand, wäre übrigens ein passender Anlass für die VOS gewesen, um einen Info-Stand auszurichten, Kontakte zu knüpfen und Mitglieder für unseren Verband zu finden. Andererseits war dies nicht das letzte Treffen der Ex-Bausoldaten, so dass man selbiges nachholen könnte.

Winfried Glaubitz

Probleme gibt es auf der ganzen Linie

Über die weiterhin erbärmliche Situation ehemaliger zwangseingewiesener DDR-Heimkinder

☒ Liebe Kameradinnen und Kameraden,

ich bin enttäuscht über die Verfahrensweise der Bundesregierung, weil erst ein Wille zu sehen war, aber dann doch andere Beschlüsse und Ergebnisse herauskamen, mit denen wir nicht im entferntesten gerechnet hatten. Nicht nur dass die Rehabilitierung der Kinder, welche in den DDR-Heimen zwangseingewiesen waren, weil sie nicht so funktionierten, wie es das sozialistische System für seine „junge Garde“ vorsah, zögernd vorangeht, werden diese Opfer nun auch vom neuen System benachteiligt und bei der Wiedergutmachung teils ausgegrenzt.

Aus meiner Sicht stellt sich das mit einer gewissen Absicht dar, die ich mir leider nicht erklären kann.

Hat hier ein Kuhhandel mit der Bundesregierung oder sonst wem stattgefunden?

Was ist geschehen in Deutschland, und was geht davon unter den Augen der Regierung vor sich?

Der Bundestag verabschiedete eine Willenserklärung, die besagte, dass den durch das DDR-Unrecht geschädigten Heimkindern eine Wiedergutmachung zukommen soll. Den Betroffenen war in den Heimen großes Leid zugefügt worden. Diese Heime des sozialistischen Systems waren nach dem Muster kommunistischer Erziehungsanstalten (Arbeitslager mit Zwangsarbeit und militärischem Drill) eingerichtet. Hier wurden die Jugendlichen übel behandelt und für ihr gesamtes weiteres Leben geschädigt.

Leider ist der nunmehr gegründete Fonds für diese ehemaligen DDR-Heimkinder nicht hoch genug, da die Zahl der geschädigten und anspruchsberechtigten ehemaligen Heimkinder weit höher liegt als ursprünglich gedacht. Als Konsequenz musste dieser Fonds gestoppt werden, um eine neue Entscheidung zu treffen. Hierbei sind die Staatssekretäre, Finanzminister und weitere Verantwortliche des Bundes gefordert. Es wäre darauf zu achten, dass eine Aufstockung des Heim-

fonds Ost noch vor der Anmeldefrist 30. September 2014 angenommen wird. Der Lenkungsausschuss wurde von der ABH-DDR aufgefordert, dieses Angebot auszuschlagen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten, was er aber nicht tat.

So ergeben sich letztendlich Probleme auf der ganzen Linie. Den Nachteil haben die einstigen zwangseingewiesenen Heimkinder der ehemaligen DDR. Sie büßen in nicht unerheblichem Maße für die Fehlentscheidungen der Politik und der Verwaltung.

Die hier aufgezeigten Versäumnisse haben zudem eine hohe moralische Komponente, denn wie sollen sich die Heimkinder überhaupt öffnen können, wenn doch alle Genossen des ehemaligen DDR-Systems übernommen wurden und selbst noch in den Jugendhilfeämtern und in höheren Positionen sitzen. Es ist ein erbärmlicher Zustand, den wir auch von den Rehabilitationsverfahren der ehemaligen DDR-Häftlinge kennen, die oft genug in den Verwaltungen oder in der Justiz auf die weiterbeschäftigten früheren DDR-Staatsdiener treffen. Es ist ein Unrecht entstanden, das schon wieder den Himmel schreit. Wann lernt Deutschland endlich aus seinen Fehlern und nimmt die eigene Vergangenheit nicht auf die leichte Schulter, sondern kümmert sich ernsthaft darum, dass so etwas nie wieder vorkommen kann? Es lässt sich zwar nicht alles mit Geld wiedergutmachen, aber das Mögliche sollte zumindest getan werden.

Auf jeden Fall ist hier auch die VOS in Zusammenarbeit mit der Dachorganisation gefordert.

Rainer Buchwald, der alles am eigenen Leib miterleben musste und sich die Aufarbeitung und Wiedergutmachung nach dem Mauerfall ganz anders vorgestellt hatte.

Das Zitat:

Wer etwas über Demokratie lernen möchte, tut gut daran, sich an die Opfer einer Diktatur zu wenden.

Paul G. Thiesreuther

Wie ist der Stand der Dinge bei der VOS?

Die Kosten, die auf uns zukommen, gehen alle an. Daher sind Informationen wichtig

☒ So wichtig die Mitteilung der abgegebenen Stimmen für die einzelnen Kandidaten bei der Generalversammlung auch für einige Mitglieder der VOS sein mögen, viel wichtiger und notwendiger wäre die Bekanntgabe der Anzahl der noch zum Verband gehörenden Mitglieder und ganz besonders der Kosten der Geschäftsstelle (Raummieten, Kosten des Personals, um nur einige wichtige Posten zu nennen).

Es kann kaum einem Mitglied zugemutet werden, Beiträge zu zahlen, ohne zu wissen, welche Ausgaben getätigt werden. Als langjähriges Mitglied – seit Beginn der 60er Jahre – wo weitgehend "ehrenamtlich" gearbeitet wurde, war eine solche Ansage nicht notwendig. Jetzt ist mehr zur Klarheit nötig.

Macht Euch ans Werk.

Harald Möller

Anm. d. Red.: Der Bundesvorstand wird in der nächsten Fg-Ausgabe Auskunft geben. „Ehrenamtlich“ gearbeitet wird auch heute noch, eigentlich mehr als früher.

Immer nur betteln bringt doch nicht viel

Warum werden Unterschiede zwischen den Opfern gemacht?

☒ Ich habe gerade die Ausgabe 740/1 der Freiheitsglocke gelesen und möchte nun doch mal die Frage loswerden, welche Argumentation es gibt, die eine unterschiedliche Opferentschädigung zwischen Opfern Hitler-Deutschlands und Opfern aus der DDR-Zeit rechtfertigen soll.

Falls es doch schon mal in einer früheren Ausgabe geschrieben worden sein sollte (kann mich allerdings nicht daran erinnern), wäre dann nochmals eine kurze Zusammenfassung möglich?

Ich wäre übrigens für die Gründung einer Demokratie-Rettungs-Partei, die auch dieses Thema mit einschließt. Man wird wohl Zähne zeigen müssen.

Nur betteln bringt nicht viel.

Thomas Kritz

Erinnerung wachhalten: Zuverlässig, unermüdlich und informativ

Dr. Martin Hoffmann öffnet am Tag der Deutschen Einheit sein selbst gegründetes Zeitzeugenmuseum in Karlsruhe mit einer Präsentation für interessiertes Publikum

Fast müsste man es nicht sonderlich hervorheben, dass Kamerad Martin Hoffmann am Tag der Deutschen Einheit auch in diesem Jahr sein Zeitzeugenmuseum in Durlach geöffnet hielt. Es ist gewissermaßen Verpflichtung und Bedürfnis, dass in dem größten und zugleich sehr beschaulichen Ortsteil der Stadt Karlsruhe am Wolfsweg 17 an die Leiden der Workuta-Opfer, zu denen Kamerad Hoffmann auch selbst gehört, erinnert wird. Bekanntlich konnte Martin Hoffmann, der später promovierte, erst 1955, nachdem der damalige Kanzler Konrad Adenauer, der übrigens immer einen freundschaftlichen Kontakt zur VOS pflegte, in seine Heimat nach Deutschland zurückkehren.

Doch es geht nicht nur um Erinnerung, denn gerade in einer unruhigen Zeit, wie wir sie gerade erleben, schauen wir besorgt auf kriegerische Konflikte, die gar nicht weit von uns entfernt sind und die – wie der Abschuss eines zivilen Passagierflugzeugs im Juli 2014 zeigte – eine Bedrohung für unsere eigentlich sicher geglaubte mitteleuropäische Region werden können.

Martin Hoffmann, auf dessen Haft- und Widerstandszeit nach dem Zweiten Weltkrieg wir bereits in der Fg hingewiesen haben, zeigt anhand weniger, aber umso kostbarer Relikte aus dem einstigen Straflager Sibiriens, was Menschen durch Menschen angetan werden kann. Sei es aus religiösem Wahn, ideologischer Besessenheit oder einfach aus krankhafter Gier nach politi-

scher Macht. In seinem Museum werden zudem Zeichnungen und Dokumente gezeigt, die das Grauen jenes Straflagers eindrucksvoll veranschaulichen.

Bekanntlich hat Kamerad Hoffmann in seinem Museum bereits den (damals noch angehenden) Bundespräsidenten Joachim Gauck begrüßt, dessen Vater ebenfalls in einem sibirischen Straflager war. Gauck würdigte damit die von Martin Hoffmann beharrlich betriebene Aufarbeitung, die auch durch seine Bücher und durch Informationsstände bei Veranstaltungen deutlich wurde, und er ehrt die vielen Opfer der akuten Stalin-Ära, von denen viele bis zum Mauerfall über ihr Schicksal und ihre Leiden nicht mal sprechen durften.

Die Öffnung der Ausstellung erfolgte pünktlich um 14 Uhr mit einer offiziellen Präsentation, der Zuspruch war wie immer

erfreulich. Wünschenswert und keineswegs unwichtig wäre es übrigens, dass die Stadt Karlsruhe das Hoffmann'sche Zeitzeugenmuseum in sein Museen-Verzeichnis aufnimmt und auch fördert, damit der Fortbestand gesichert bleibt. Eine so bedeutende Stadt, die ein Blechdosen- und diverse Heimatmuseen im Internet bewirbt, sollte das, was sie an zeitgeschichtlichem und politischem Aufarbeitungspotenzial zu bieten hat, keineswegs unbeachtet lassen. Nicht zuletzt hat Joachim Gauck – auch für Karlsruhe – mit seinem Besuch ein wesentliches Zeichen gesetzt. *Valerie Bosse*

Fotoausschnitt: WORKUTA (Exponat im Museum)



Wir warten weiter

Vererbbarkeit und andere Leistungen sind uns wichtig

Zum Beitrag „Erstmals konkrete Offerten“ in Fg 740/1

☒ Ist es nicht empörend, im „Papier“ über die (Nicht)Vererbbarkeit des Zahlungsanspruchs keine klare Antwort zu bekommen? Wartet man auf eine „biologische“ Lösung bei den Betroffenen und vergisst man das Leid und die Standhaftigkeit der inzwischen Verstorbenen, das zugleich ihre Hinterbliebenen und Angehörigen mittragen mussten?

Lieber Staat, liebe Regierung: Wir warten weiter und wir geben die Hoffnung und das Vertrauen nicht (gänzlich) auf. Was in der Koalitionsvereinbarung steht, bleibt für uns ein Anhaltspunkt.

Grete Messerschmidt

Das wusste (in der DDR) mal wieder keiner

Auch der DDR-Entertainer Köbbert war im Speziallager

Verordnetes Schweigen, Scham oder Staatstreue? Auch Horst Köbbert, der am 11. Juli im hohen Alter von 86 Jahren verstorben ist, war drei Jahre in einem stalinistischen Speziallager. Als Mitglied der Hitlerjugend und Sohn eines Privatunternehmers fiel der in Rostock geborene spätere Shanty-Sänger den Sowjets gleich nach dem Krieg in die Hände und kam im August 1948 erst wieder in die Freiheit.

Köbbert teilt damit das Schicksal der ebenfalls aus Rostock stammenden ehemaligen Bautzen-Häftlinge Kempowski und Walter Jürß (bis zu seinem Tode treues und aktives VOS-Mitglied), doch blieb er – im Gegensatz zu den beiden Vorge-

nannten, die sich nach der Entlassung sofort in den Westen absetzten – in der SBZ bzw. DDR und beteiligte sich weder an der Aufarbeitung der Vergangenheit noch trat er politisch in Aktion.

Köbbert war bei jenen, die (warum auch immer) das Fernsehen der DDR einschalteten, durchaus beliebt, aber er diente dem SED-Staat natürlich auch als Aushängeschild des geheuchelten Frohsinns.

Dass er die Haftzeit bis zum Mauerfall verschwieg, ist kein Einzelfall. Die Erlebnisse in den Lagern – Köbbert kam nach Fünfeichen bei Neubrandenburg – waren so bitter, dass man sie nicht ständig vor Augen haben konnte. *W. Glaubitz*

Eine Schließung wäre nicht nur für die Opfer schlimm

Wird Russland das Museum Perm 36 schließen und sein Gewissen damit endgültig löschen?

Seit seiner Gründung hatte das einzige Gulag-Museum auf russischem Boden, das den Namen Perm 36 trägt, um sein Überleben zu kämpfen. Seit dem vorigen Jahr jedoch, konkret: seit dem Beginn der akuten Kriegshandlungen zwischen Russland und der Ukraine, droht nun die Schließung dieser wichtigen, authentischen Einrichtung.

Eine solche Schließung würde der Geschichtsaufarbeitung und dem Gedenken an begangenes Unrecht durch den Stalinismus einen bitteren Schlag versetzen. Die noch lebenden Opfer verlören den einzigen zugänglichen Platz, der nach Jahren des Leidens und der Entbehrung noch die – wenn auch eher theoretische – Gelegenheit des vergegenständlichten Erinnerens ermöglichte.

Das Museum Perm 36 liegt nicht direkt in oder bei Perm, jener Stadt am Ural. Es ist etwa 100 km von Perm entfernt und befindet sich in dem Dörfchen Kutschino, das nur wenige Einwohner zählt. Es handelt sich um eine zutiefst russische Region, doch aus geschichtlicher Sicht verbindet sich mit Perm 36 ein elementares Stück Sowjetunion, das durch die unmenschliche Herrschaft des Diktators Stalin geprägt ist. Im Jahr 1943 wurde hier ein Arbeitslager des Gulag eingerichtet, in das man sogenannte Staatsfeinde oder auch gemeine Straftäter brachte, um sie zur kommunistischen Gesinnung umzuerziehen. Die Gefangenen waren zur Waldarbeit und zur Holzverarbeitung gezwungen.

Im Gegensatz zu anderen Gulag-Stätten wurde Perm 36 nach 1953 nicht geschlossen, sondern weiterbetrieben bzw. technisch aufgerüstet. Die günstige Lage am Fluss ermöglichte gute Transportwege, die ansonsten dürftige Infrastruktur und die klimatischen Bedingungen eignete sich gut für die Stationierung von Straftätern. Nahezu war es unmöglich, von hier zu fliehen.

Perm 36 steht heute für die Inhaftierung von „Verbrechern“, die gegen den Artikel 70 des sowjetischen Strafgesetzbuches („antisowjetische Agitation und Propaganda“) verstoßen hatten. Die Gefangenen wurden aus allen Regionen bzw. Republiken der einstigen Sowjetunion hier-

hergebracht. Darunter befanden sich Widerstandskämpfer für unabhängige nationale Staaten und kompromisslose Kritiker des Sowjetstaates. Sie wurden unter verschärften Haftbedingungen festgehalten, unterlagen einer Kontaktsperre zu den Angehörigen und mussten über Jahre hin Schwerstarbeit verrichten. Zudem gab es innerhalb des Lagers noch verschärfte Haftmaßnahmen.

Erst in der Ära Gorbatschow wurde Perm 36 als Straf- und Arbeitsanstalt aufgelöst. Der damals noch lebende Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow setzte sich dafür ein, dass man auf dem Gelände des Lagers ein Museum zum Gedenken an die einstmals zu Unrecht Inhaftierten einrichtete. Sacharow, der sein Leben dem Kampf für Meinungsfreiheit und eine demokratische Staatsführung gewidmet hatte, hatte 1988 die Menschenrechtsorganisation Memorial ins Leben gerufen, die das Museum 1994 gründete. Somit konnten viele Zeugnisse, Gegenstände und Baulichkeiten gesichert und über fast zwei Jahrzehnte den staunenden Besuchern vorgeführt werden. Ebenso ging es darum, das Leiden der Opfer nachempfindbar zu machen und den Betroffenen und ihren Angehörigen einen Platz des Gedenkens zu geben. Auch in diesem Lager ließen viele Inhaftierte ihr Leben oder kamen mit schweren gesundheitlichen Schäden zurück in die Heimat.

Die Mittel für den Unterhalt des Museums flossen seit eh aus westlichen Quellen. Damit war zumindest die finanzielle Unabhängigkeit von den russischen Behörden abgesichert. Seitens der russischen Politik wurde das Museumsprojekt spätestens seit Beginn der Putin-Ära mit Misstrauen betrachtet. Nationalismus, Sowjetismus und die im System tief verankerte Expansionspolitik dulden keine Kratzer an der Neu-Glorifizierung des einstigen Zwangsvielfölkerstaates und der militärisch gesicherten Unterjochung des europäischen Ostens. Hinzu kam der Verdross wegen des Verlustes der wirtschaftlichen Pfründen in den Ostblockstaaten. Russland bekam seine Milliardäre, zu denen auch Putin zählt, aber die

Industrie ist veraltet und die Landwirtschaft kommt nicht voran. Es sind gerade noch die Rohstoffe und die militärischen Mittel, mit denen es im globalen Maßstab eine Rolle spielen kann. Aber auch diese Art Einfluss zu nehmen, ist kein Garant für Großmachtansprüche. Statt auf den Faktor Frieden zu setzen und zuverlässige Partnerschaften mit westlichen Firmen einzugehen, um die Wirtschaft voranzubringen, lügt sich das Land in alte Strukturen zurück. Wie einst in Afghanistan oder später in Tschetschenien wird nun in der Ukraine mit brutalen, kriegerrischen Mitteln und durchsichtigen Vorwänden gestänkert, zerstört, gemordet und annektiert. Das Lügen-Phantom einer geschichtlich vorgezeichneten Zugehörigkeit der Ukraine zu Russland wird ohne Scham heraufbeschworen.

In diesem ideologischen Irrlauf finden sich nun auch passende Gründe, gegen das Zeitzeugenmuseum Perm 36 vorzugehen. Mit Fingerzeig auf die einstmals Inhaftierten, zu denen auch Ukrainer gehörten, ist nun die Rede von feindlichen ukrainischen Nationalisten und westlichen Spionen. All das ist nicht neu, und es mag sein, dass in Deutschland gerade noch links ausgerichtete Betonideologen solch simpel gestrickter Argumentation das Wort reden. Im Reiche Putins spricht und denkt man anders: Expansiv und engstirnig und ohne eine Anwendung von Selbstprüfung.

Gerade mit einer Schließung des zeitgeschichtlichen Museums Perm 36 begeht die russische Politik einen gravierenden Fehler. Das Museum ist mehr als ein Alibi für das jahrzehntelange Wirken mutiger Menschen im Sowjetsystem. Vielmehr belegt es, dass im akuten Stalinismus wie auch in den Zeiten nachfolgender starrsinniger Generalsekretäre für Freiheit gekämpft und gelitten wurde. Mit der Schließung des Museums Perm 36 würde Russland den Rest seines eigenen Gewissens verschlingen. Das Land würde sich selbst die Hoffnung auf Fortschritt und Demokratie nehmen. Es würde sich stattdessen in die Selbstzerstörung und eine dauerhafte Isolation treiben. A.R.

Tuberkulose war das Schreckgespenst in Bautzen

Überlebende aus dem Gelben Elend trafen sich auch in diesem Jahr zum 25. Bautzen-Forum

Wie jedes Jahr gab es auch diesmal im Mai das Treffen ehemaliger Häftlinge des Lagers Bautzens oder deren Angehöriger, um das Gedenken wachzuhalten und auch, um Spuren von vermissten Toten finden zu können.

Zu den Teilnehmern des Treffens zählte auch Rudolf Sehm aus dem Erzgebirge, der vier Jahre in der dortigen Haft zugebracht hat. Wie viele andere kam auch Kamerad Sehm zutiefst berührt und zugleich voll der Erinnerungen an die schreckliche Zeit vom Treffen zurück. Damit jener Teil der Geschichte, der in der VOS nach wie vor aufgearbeitet und wachgehalten wird, auch einem größeren Kreis der Mitmenschen nähergebracht wird, hat Kamerad Sehm einen Beitrag für seine lokal ansässige Tageszeitung verfasst, der jedoch abgelehnt wurde. Der Bericht, so heißt es in der schriftlichen Begründung, komme weder als Pressebeitrag noch als Leserbrief „für den Abdruck infrage“. Bei einem später geführten Anruf wurde Rudolf Sehm dann mitgeteilt, dass ein solcher Artikel von einem Gremium genehmigt werden müsse, dies träfe selbst auf Leserbriefe zu.

Kamerad Sehm hat daraufhin den Beitrag an die Fg weitergeleitet. Ursprünglich sollte er bereits in der vorigen Doppelausgabe erscheinen, doch ging er in den bekannten Wirren unter. Nachstehend ist er nunmehr nachzulesen, womit er allen VOSlern und allen Betroffenen aus der Seele sprechen dürfte.

Kamerad Sehm fügte dem Begleittext zu seinem Beitrag die Schlussbemerkung an: *Es war nicht der erste Artikel von mir zu diesem Thema, der von der Presse abgelehnt wurde. Da weiß man also, dass solche Artikel nicht an die Öffentlichkeit kommen sollen ...*

Dank der Friedrich-Ebert-Stiftung findet jedes Jahr das Bautzen-Forum statt. Auch in diesem Jahr trafen sich ehemalige politische Häftlinge am 8. und 9. Mai wieder in Bautzen. Bereits am Tag vorher fanden eine Andacht und ein ökumenischer Gottesdienst für die Op-

fer der SED-Herrschaft in der Gedächtniskapelle auf dem Karnickelberg in Bautzen statt.

Jedes Jahr ist die Anteilnahme durch die Betroffenen in der überfüllten Kapelle groß, so war es auch diesmal. Es sind nicht nur ehemalige Häftlinge, die hier zusammenkommen, auch Angehörige, die nach ihren Männern oder Vätern suchen, wollen etwas über das Schicksal der spurlos Verschwundenen erfahren. Fast alle, die ums Leben kamen, wurden namenlos in den Massengräbern verscharrt ohne dass die Angehörigen von ihrem Tod benachrichtigt wurden.



Damals wurden die Menschen systematisch durch den stinkenden Schweinefraß ausgehungert, bis sie abgemagert und ohne jede Widerstandskraft den Seuchen zum Opfer fielen. Tuberkulose war das Schreckgespenst in Bautzen. Es gab keine Behandlung und keine Medikamente. Die TBC-Kranken wurden von den anderen Häftlingen getrennt in Baracken untergebracht. Für die meisten der Kranken war das dann die Endstation. Abgemagert zu einem Skelett, trotz allem noch mit der Hoffnung die Heimat wenigstens wiederzusehen, haben sie den Kampf verloren.

In den Jahren 1947 – 1948 lag die Sterberate mit 25 – 30 Toten am Tag am höchsten. Es fuhr in dieser Zeit der Leichenkarren täglich zweibis dreimal zum hinteren Lagertor hinaus. Die Toten wurden meist nackt in zwei bis drei Schichten

übereinander, mit Chlor bedeckt, auf dem Karnickelberg verscharrt.

Dank einer großzügigen Spende von Prof. Dr. Reinhard Pohl aus Marburg (sein Vater kam 1946 im Gelben Elend um) konnte das Areal des Gräberfeldes für die vielen Tausend Toten erweitert und vervollständigt werden. Es ist ein Ort, an dem sich jedes Jahr viele ehemalige politische Häftlinge zur Gedenkfeier treffen. Sie erweisen ihren toten Kameraden, die diese Hölle nicht überlebt haben, die letzte Ehre.

Die Überlebenden können diese Zeit und dieses Leiden, auch heute, nach vielen Jahren, nicht vergessen.

Was geschehen ist und was man an Gedanken und Bildern mitgenommen hat, wirkt bis zum eigenen Lebensende nach.

Ich wurde im Alter von 15 Jahren mit fünf Schulfreunden, mit der Anschuldigung einer Werwolfgruppe angehört zu haben, verhaftet. Das Urteil lautete 25 Jahre Arbeitslager. Von 1947 – 1951 habe ich in Bautzen eine schlimme Zeit erlebt.

Rudolf Sehm

Zeitzeugen - Buchtipp

(FG) 1948 aus Königsberg vertrieben, dann Brandenburg, später Potsdam. Schlosser, Leistungssportler, Auto-Fanatiker. Konflikte mit der DDR-Ideologie: Auf leider nur 84, dafür sehr eindrucksvoll geschriebenen Seiten stellt Peter Bendig seine Biografie „**Vom Stoppelhopper zum reichen Schwein**“ vor. Zahlreiche Fotos und vieles zum Wiedererkennen (11,90 €).

17. Juni 2014 – Gedenken zum Volksaufstand von 1953

Das Kaßberg-Gefängnis – jener Ort in Chemnitz, der in der Geschichte nicht seinesgleichen hat und der unbedingt als Gedenkstätte erhalten werden muss!

Besichtigung der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt

Die Chemnitzer Bezirksgruppe der Vereinigung der Opfer des Stalinismus hatte auch dieses Jahr zur Feierstunde an die Gedenkstele auf dem Kaßberg geladen. Viele sind dieser Einladung gern gefolgt, hierunter auch eine 10. Klasse vom Karl-Schmidt-Rottluff-Gymnasium.

Doch zuvor konnte dank des Lern- und Gedenkortes Kaßberg- Gefängnis-Vereins eine Führung durch die ehemalige Haftanstalt anberaumt werden. Pünktlich um 9 Uhr begrüßte Herr Thierfeld, Vorsitzender der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz, die ersten Besucher, die schon vor der offiziellen Feierstunde zur Besichtigung der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt gekommen waren. In seiner kurzen Einführung kam er auf den Häftlingsfreikauf zu sprechen. Unter den Anwesenden waren auch Zeitzeugen, die hier zu unterschiedlichen Zeiten aus politischen Gründen inhaftiert waren und die die vielen Fragen der Interessierten authentisch beantworten konnten.

Die Führung durch den Gefängnisbau übernahm Wolfgang Löttsch vom Lern- und Gedenkort-Verein, der aufgrund seiner hier durchlebten Leidensgeschichte viel zu berichten wusste. Von ihm, dem ehemaligen Radprofi, sind viele Veröffentlichungen bekannt, die zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit beitragen.

Die Häftlinge wurden von der Bundesrepublik Deutschland freier aber nicht abgekauft. Sie konnten selbst entscheiden, ob sie per Freikauf in den Westen gehen oder doch lieber in der DDR bleiben.

Im Innenbereich des Gefängnisses wurden auch beschlagnahmte Fluggeräte, Fluchtautos, und andere Gegenstände aufbewahrt und sichergestellt. In einem Raum der Untersuchungshaftanstalt konnten die politischen Gefangenen vor ihrer Ausreise in den Westen noch Artikel für ihr DDR-Geld kaufen. Einige Gefangene waren in der Haftanstalt auch mit der Schweinezucht betraut. Der große Gefängnis-Komplex war

für die Bediensteten des MfS in jede Richtung zugänglich, während die „Grünen“ (DDR-Polizei/MdI) nicht in den Stasi- Bereich durften. Das Misstrauen unter den bewaffneten Organen der DDR war groß. Es gab nicht nur vor der Bevölkerung eine Menge geheim zu halten, was erst nach dem Zusammenbruch der DDR nach und nach bekannt wurde. Rechtsanwalt Vogel, der „Mann

Politischen Bildung, aber auch als Filmkulisse nutzbar wäre. Der Lern- und Gedenkort-Kaßberg- Gefängnis-Verein hat bewiesen, dass in einer nicht genutzten Haftanstalt vieles zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit geleistet werden kann. Diese Arbeit muss mit Unterstützung von Bund, Land und Kommune fortgesetzt und zu einem akzeptablen Ergebnis führen.



mit dem goldenen Mercedes“, nahm den Gefangenen in den Bussen, die die Freigekauften nach Gießen brachten, persönlich das Versprechen ab, nie über das Erlebte und den Freikauf zu sprechen, da dies das Ende für den Freikauf weiterer Gefangener bedeuten würde.

Eine Besichtigung des Kaßberg-Gefängnisses ist immer wieder ein Erlebnis, nicht zuletzt, weil die Stätte selbst ein Denkmal ist, das seinesgleichen sucht. Alle Besucher waren sich einig, dass dieser historisch wichtige Gebäudekomplex in seiner Gesamtheit erhalten bleiben muss und nicht – wie die Berliner Mauer – verschwindet und anschließend einfach nur Fragen hinterlässt und den Tätern und Mitläufern von einst hinreichend Möglichkeiten zur weiteren Geschichtsfälschung bietet. Gefragt sind realistische, aber historisch korrekte Konzepte für den Erhalt und die Mitfinanzierung der Anlage.

Denkbar wäre eine Gedenk- und Begegnungsstätte, ein Ort der für Vorträge und Veranstaltungen der

Eine würdige Feierstunde

Um 11.00 Uhr begann dann das Gedenken anlässlich des Volksaufstandes von 1953 an der Stele, die vor 15 Jahren zum Gedenken der Opfer des Stalinismus feierlich eingeweiht wurde. Zu Beginn legten die Oberbürgermeisterin, Barbara Ludwig, die Landtagsabgeordnete Hanka Kliese und Ines Saborowski-Richter sowie namhafte Vertreter des Chemnitzer Stadtrates Blumengebilde nieder. Im Namen der VOS-Bezirksgruppe übernahmen diese Aufgabe Sabine Popp und Günter Rößger. Danach begrüßte Holker Thierfeld die anwesenden Gäste und Teilnehmer und dankte für deren Kommen. Mit einer Gedenkminute wurde der verstorbenen Kameradinnen und Kameraden gedacht. Besonders erwähnte Holker Thierfeld die Verdienste der verstorbenen Kameraden Gerhard Römer, Werner Dietz und Erwin Tränkmann. Im Anschluss hielt die Chemnitzer Oberbürgermeisterin eine vortreffliche Rede. → S. 11

Sie führte unter anderem aus, dass vor dem Mauerfall nicht viel dazu gehörte, um sich hier auf dem Kaßberg wieder zu finden und dass wir noch in diesem Jahr den 25. Jahrestag der Maueröffnung begehen. Ihre große Achtung galt der Arbeit der VOS und den Anwesenden, die sich als Opfer der stalinistischen Gewaltherrschaft zur Gedenkfeier versammelt hatten.

In seinem Schlusswort ging Kamerad Thierfeld (Foto rechts) auf das Heim- und Jugendwerkhofsystem der DDR ein. Er dankte den Forschungs- und Aufarbeitungsinitiativen, die dieses Thema der Öffentlichkeit näher gebracht haben und wies darauf hin, dass deren bisherige Studien zur DDR- Heimerziehung unentbehrlich für das Verstehen der früheren Heimpraktiken seien und überhaupt erst eine Aufarbeitung und die Bewältigung dieses dunklen Teils der Vergangenheit ermöglichten.

Holker Thierfeld;

„Es gibt nichts Schlimmeres, als auf der einen Seite die Ursachen der Heimtraumata aufzuzeigen und auf der anderen Seite die Hilfe zu deren Überwindung durch Befristung zu verwehren.“

Zum Fonds „Heimerziehung in der DDR“ sagte Thierfeld: „Danken wir allen, die diesen Fonds auf den Weg gebracht haben. Umso wichtiger ist es, die Fristen zum Abruf dieser Hilfe nicht schon dieses Jahr auslaufen zu lassen. Es gibt nichts Schlimmeres, als auf der einen Seite die Ursachen der Heimtraumata aufzuzeigen und auf der anderen Seite die Hilfe zu deren Überwin-

dung durch Befristung zu verwehren.“ Überwindung bedeutet in diesem Fall auch – soweit noch möglich – Wiedergutmachung.

Am Nachmittag gab es dann den dritten Kaßberg-Termin: Die Enthüllung einer Informationstafel zur „Errichtung des Gedenkortes Gefängnis Chemnitz Kaßberg“, die unter der Schirmherrschaft des Chefs der Sächsischen Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Johannes Beermann vollzogen wurde und am Wachturm Ecke Kaßbergstraße/ Gerichtsstraße zu sehen ist.

Waltraud Raubold
Wolfgang Hähle

Museum wäre auch touristischer Gewinn

Ein Appell

Das ehemalige Gefängnis am Chemnitzer Kaßberg darf als Gebäude und Gedenkstätte nicht ausgelöscht werden. Dies ist nicht einfach eine pathetische Forderung, denn wer hier finanzielle Mittel streicht oder zurückhält, behindert die Aufarbeitung im Sinne der Opfer, aber er trägt auch zur Vernichtung historischer Tatsachen bei.

Zugleich sollten sich die Stadt Chemnitz und das Land Sachsen darüber im Klaren sein, dass hier kein Euro umsonst investiert ist. Mit einer entsprechenden Werbung und einer – gemäßigten – Tourismus-Strategie ließen sich Ströme an Besucherinnen und Besuchern anziehen, die diese Erinnerungsstätte von geschichtlich einmaligen Vorgängen anziehen werden. Die Stadt Chemnitz und die gesamte Region könnten davon profitieren. A.R.

Gibt es diesen Holz- schemel noch?

Die letzten zwei Wochen DDR

Wer das Abgangslager der Stasi in Chemnitz erlebt hat, der hat eine Erfahrung hinter sich gebracht, für die es kaum einen Vergleich gibt. Das Warten, das Schwanken zwischen Gewissheit und Ungewissheit, eine innere Anspannung, die die Gefangenen nicht schlafen, manchmal kaum atmen ließ. Zu viert in einer Zweimannzelle, was angesichts der zuvor erlebten ständigen Enge und Überbelegung der Zellen eine Erleichterung war. Freistunde dann aber mit acht Leuten im üblichen Betonkäfig, bei Redeverbot und Bewegungseinschränkung. Ein einziges Buch auf der Zelle, das gekannt fürchterliche Essen. Und immer die Frage: Wie lange noch?

Auf der Unterseite eines Holz-schemels hatte jemand den Ablauf der Formalitäten des „Aus-Checkens“ aufgeschrieben. Jeden Tag etwas anderes. Rechtsanwalt, letztes Gespräch mit der Stasi, Ausfüllen des Formulars auf Entlassung aus der DDR. Arzt, „Einkauf“ mit dem in der Haft angesparten Geld (Rücklage) ... Abfahrt nach Gießen.

Diese Liste war eine unglaubliche Erleichterung für die Wartenden. Das gab Hoffnung und Halt, denn die einzelnen Stationen wurden wirklich so absolviert, wie sie hier festgehalten waren. Ein verspäteter Dank an jenen Hockerbeschrifteter, jenen „Wohltäter“. Und die Frage: Gibt es diesen Schemel im übernommenen Stasi-Fundus noch? Er wäre ein einmaliges Schaustück für Museum und Gedenkstätte. A.R.



Einstmals wurden bereits 500 € angeboten

Im Jahr 2000 sollte es schon einmal eine Opferrente geben

☒ Wie in der Ausgabe der Fg 740/1 auf Seite 6 erwähnt, hatte Frau Dr. Merkel im Jahr 2000 schon vorgeschlagen, eine „Besondere Zuwendung in Höhe von 500 Euro zu gewähren“.

Sollte man diesen Vorschlag jetzt nicht aufgreifen, um Frau Dr. Merkel – inzwischen Bundeskanzlerin – in die VOS-Forderungen einzubeziehen, da ja hier ein Vorschlag von ihrer Seite in einer angemessenen Höhe vorliegt?

Ich würde dies sehr sinnvoll finden, da unsere Forderungen somit zur direkten Chefsache gemacht werden könnten und wir sicherlich etwas bessere Aussichten auf eine Durchsetzung hätten.

Karl Heinz Genath

Geld genug wäre da!

Fehlt es nur am Willen, um die Opfer besser zu entschädigen?

☒ Die in der Ausgabe der Fg 740/1 Eine vorgesehene Erhöhung der Opferrente um 50 Euro – und dann erst im Januar 2105! Das kann es doch wirklich nicht gewesen sein, wofür wir seit Jahren gekämpft und uns quasi die Finger wund geschrieben haben.

Eine Erhöhung um 100 Euro wäre doch mindestens zu erwarten gewesen. Und diese hätte ganz sicher rückwirkend gewährt werden müssen – und zwar auf den 1. Juli 2014.

Bald beginnen die Festlichkeiten zum 25. Jahrestag des Mauerfalls. Es wird wieder große Reden geben, wir werden Zeuge der Kranzniederlegungen werden und auch Schweigeminuten zum Gedenken an die Opfer erleben.

Vielleicht jedoch sollten die Politikerinnen und Politiker in der Stille der Schweigeminuten mal darüber nachdenken, wie man in unserem Land mit den Opfern der SBZ/DDR umgeht. Die Antwort wäre leicht zu finden: Beschämend.

Es ist doch sicher ausreichend Geld da, um noch einmal etwas für die zahlenmäßig ohnehin abnehmenden Opfer zu tun? Fehlt es also nur am guten Willen unserer Politiker?

Karl Heinz Genath

Untrennbar mit 89er Demos verbunden

Pfarrer der Leipziger Nikolaikirche verstorben

Im Alter von 71 Jahren verstarb im Juli 2014 der frühere Pfarrer der Leipziger Nikolaikirche Christian Führer, der sich im legendären Herbst 1989 bei den gewaltigen Freiheitsdemonstrationen durch seine prägende Rolle als Lenker und Mitorganisator der montäglich stattfindenden Kundgebungen in der Leipziger Innenstadt große Verdienste erworben hat.

Führer, der wenige Tage vor seinem Tod noch durch eine hohe staatliche Auszeichnung geehrt worden war, kann somit nicht an den Feierlichkeiten zur 25-jährigen Wiederkehr des Gedenkens an den Mauerfall und die beeindruckende Massenbewegung mit den nachhaltigen Parolen „Wir sind das Volk“ und „Wir sind EIN Volk“ teilnehmen. Führer litt an einer unheilbaren Lungenerkrankung, die ihn zusehends schwächte und nicht behandelbar war.



Von den führenden Politikern der Bundesrepublik und des Freistaates Sachsen und der Messestadt Leipzig sowie von den Mitstreitern des Leipziger Herbstes wurde die Nachricht von seinem Tod mit großer Bestürzung aufgenommen. Führers geschichtliche Verdienste und sein furchtloser Einsatz bei der Beseitigung der SED-Diktatur und für die Entstehung demokratischer Verhältnisse auf dem Gebiet der einstigen DDR bleiben unvergessen.

Tom Haltern

Für die Geschichte und das Leben laufen

Super-Marathonlauf zum Gedenken an den Mauerbau

Anlässlich des nunmehr 53. Jahrestages des Berliner Mauerbaus riefen die Organisatoren des „Ultra-Marathons“ unter der Schirmherrschaft des Politikers Rainer Eppelmann am Wochenende 16. und 17. August zum dritten Mal in Folge zu einem Mauergedenklauf auf.

Zu bewältigen war erneut eine Strecke von 160 km, die von rund 300 Teilnehmern bezwungen werden sollte. Umgesetzt werden konnte das beachtliche Projekt neben der kompetenten Vorbereitung durch die Organisatoren vor allem durch den unermüdlichen Einsatz zahlreicher kleinerer und größerer Vereine und Initiativen, die sich ansonsten sowohl in sportlicher wie auch politischer Hinsicht aktiv zeigen. Dazu gehörte wie im vorigen Jahr auch diesmal das in Potsdam ansässige Forum zur Geschichtsaufarbeitung Brandenburgs.

Durch diverse Stützpunkte, die von den Vorgenannten betreut und auch nachts besetzt wurden, konnten die unermüdlichen Läufer überhaupt erst ihre sportlich einmalige Leistung vollbringen.

Wie bereits im vorigen Jahr erwähnt besteht der besondere Wert des Ultra-Marathons zum einen in seiner sportlichen Herausforderung, zum anderen aber wird hier jüngere Geschichte leb- und erfahrbar gemacht, indem die Streckenführung dem Verlauf eines der menschenfeindlichsten Bauwerke der deutschen Geschichte folgte und dabei besonders prägnante Punkte wie den Checkpoint Charly oder Orte der Todesschüsse aufzeigt.

Hervorzuheben ist in diesem Jahr das Riesenpanorama-Rundbild des Künstlers Yadegar Asisi, der in seinem Werk die im westlichen Schatten der Mauer entstandene Subkultur von alternativ lebenden Freaks und Aussteigern vergegenständlicht. Eine Schicht von Menschen, die der DDR-Politik noch weitaus suspekter war als der des Westens.

Glückwunsch und Dank den Organisatoren, Zuschauern und Betreuern und den Teilnehmern, die allesamt Großes geleistet haben.

Valerie Bosse

Freiheiten, von denen wir im SED-Strafvollzug nur träumen konnten

Das Zuchthaus Waldheim damals und heute. Besuch in der „Perle des Zschopautals“

Von Coburg aus braucht man drei Stunden! Da es seit fast 25 Jahren keine Grenzkontrollen mehr gibt, erreicht man in einer Stunde das Erfurter Kreuz und in einer weiteren das bei Hermsdorf. Hinter Gera verlässt man Thüringen, die Städtenamen Zwickau, Glauchau, Chemnitz zeigen an, dass man durch Sachsen fährt. Bei Hohenstein-Ernstthal erinnert man sich daran, dass hier der Volksschriftsteller Karl May (1842-1912), der vier Jahre seines Lebens, im Zuchthaus Waldheim verbracht hat. Dann kommt die Ausfahrt Hainichen, auch Waldheim, und jetzt beginnt mein Herz schneller zu schlagen, denn im Zuchthaus habe ich, als Student aus Mainz, die Jahre 1962/64 verbracht, bevor ich am 25. August 1964 freigekauft wurde.

Hat man die Autobahn verlassen, fährt man noch 16 Kilometer. Von Süden kommend erreicht man eine Anhöhe und sieht hinunter in das Tal, wo die 1198 erstmals erwähnte Kleinstadt an der Zschopau liegt. An dieser Stelle muss im Sommer 1850 das Pferdegespann angehalten haben, das von der Festung Königstein abgefahren war, um den wegen „Hochverrats“ zum Tode verurteilten Dresdner Musikdirektor August Röckel (1814-1876) im Zuchthaus abzuliefern. In seinen Erinnerungen „Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim“ (1863) schrieb der politische Häftling, der einer der führenden Männer des Dresdner Mai-Aufstandes von 1849 gegen König Friedrich August (1797-1854) gewesen war und der von zwei Unteroffizieren und einem Gerichtsdieners nachts nach Waldheim gefahren wurde: „Wir hatten endlich einen Hügel erstiegen, vor dem sich ein wunderbar schönes Flusstal ausbreitete, in dessen Mitte, ein Städtchen lag. Fünf Minuten später hielt der Wagen vor dem Tor des Zuchthauses. Der Gerichtsdieners schellte; das Tor wurde geöffnet und schloss sich wieder hinter mir – auf mehr denn elf Jahre.“

Wenn man als Besucher des Jahres 2014 von der Anhöhe hinab fährt in die Stadt, hat man das ehemalige Zuchthaus vor sich, die Anstaltskirche, von der „Volkspolizei“ seit 1969 als Turnhalle benutzt, und

die 1719 gepflanzte Linde liegen im Blickfeld. Unter diesem Baum habe ich am 21. August 1964 gestanden, als wir freigekauften Häftlinge von der „Staatssicherheit“ nach Berlin-Hohenschönhausen überführt wurden. Jetzt, ein 50 Jahre später, klinge ich an der Pforte, werde freundlich begrüßt und zwei Stunden durch die Anstalt geführt, die mir, mit meinen Erfahrungen im *sozialistischen Strafvollzug 1962/64*, wie ein „Luxushotel“ vorkommt.

Vor 50 Jahren wurden wir täglich um 4.00 Uhr von einer schrillen Klingel geweckt, um 5.30 Uhr war Arbeitsbeginn. Bevor das Frühstück eingenommen wurde, musste „gekübelt“ werden, denn es gab weder eine Toilette mit Wasserspülung noch überhaupt fließendes Wasser. Um 5.15 Uhr traten wir vor der „Bremen“, wie das Neue Zellenhaus (1886 errichtet) hieß, an und wurden noch einmal durchgezählt. Gearbeitet wurde bis 15.30 Uhr, dann folgten Waschen, Umkleiden, Freistunde: Wir marschierten in Fünferreihen bei striktem Redeverbot über den Zuchthaushof. Wenn wir um 15.30 Uhr *auf Zelle* kamen, war die Kaltverpflegung schon ausgegeben, und das „Neues Deutschland“ lag vor der Zellentür. Dann hatte man drei Stunden „Feierabend“, man konnte lesen, miteinander reden, durchs Gitterfenster schauen, ab 19.00 Uhr war, auch im Sommer, Nachtruhe! So ging das jahraus und jahrein. Wenn ich aus meinem Zellenfenster sah, blickte ich auf einen Turm mit der Wetterfahne, die trug die Jahreszahl 1779. Da war Goethe, der Waldheim 1790 und 1813 besuchte, 30 Jahre alt und das Zuchthaus schon 63.

Heute hat jedes Bundesland eine eigene Strafvollzugsordnung, die den Gefangenen Freiheiten zugesteht, von denen wir im SED-Staat nur träumen konnten. In der Einzelzelle, die für uns Besucher in der „Bremen“ aufgeschlossen wurde, gab es Radio und Fernseher, Bücher und Lebensmittel. Wenn der Gefangene allein sein möchte, kann er seine Zelle von innen verschließen, nur die Justizbeamten können sie dann öffnen. Auf dem Flur gibt es ein Telefon, von dem aus bis zu sie-

ben Nummern, die vorher angegeben werden müssen, angewählt werden können. In einer Küche kann sich der Gefangene, Mahlzeiten zubereiten oder Kuchen backen. Es ist ihm erlaubt, seine Zivilkleidung zu tragen, und auch die Besuchszeit ist großzügiger geregelt als zu unserer Zeit. Wir lebten damals im DDR-Zuchthaus und sollten mit allen Mitteln „umerzogen“ werden!

Während wir vor 50 Jahren 1.700 Gefangene waren und zu viert auf einer Zelle von 9,2 Quadratmetern (das stand so an der Zellentür!) hausten, sind es jetzt nur noch 360 Gefangene, also weniger als ein Viertel, die von 195 Bediensteten betreut werden, darunter auch zwölf Sozialpädagogen, zehn Psychologen und eine Anstaltsärztin. Die „Freistunde“ in militärischer Formation ist abgeschafft, die Gefangenen schlendern durch Grünanlagen, sitzen auf Bänken oder spielen Schach mit kindsgroßen Figuren. Es gibt auch eine Seniorenabteilung für lebenslängliche Häftlinge, die nicht mehr arbeiten können oder wollen. So ist 2013 der älteste Gefangene 85 Jahre alt geworden.

Im „Museum zur Geschichte des sächsischen Strafvollzugs“, das im Torgebäude unterbracht ist und 1997 eröffnet wurde, kann man sich darüber informieren, wie human der Strafvollzug im Lauf der Geschichte geworden ist. Dabei wollte uns die „Volkspolizei“ vor einem halben Jahrhundert einreden, wir lebten im „humanen Strafvollzug“ des Sozialismus, auch wenn geprügelt, gehungert und harte Arreststrafen ausgesprochen wurden. Gegenüber August Röckels Erfahrungen, wie er sie in seinem Buch schildert, stimmte das vielleicht. Schließlich wurden wir nicht mehr, wie noch 1850, bei der Einlieferung „zum Willkomm ausgepeitscht“. Aber die sozialistischen Gefängniswärter verfügten über andere Methoden der „Erziehung“, und so wurden in den DDR-Zuchthäusern von Bützow- Dreiebergen über Brandenburg-Görden bis Torgau und Hoheneck Jahr für Jahr Hunderte von „Staatsfeinden“ erzeugt. Und das war gut so!

Jörg Bernhard Bilke

Tarnname Wolodja Leonardoff

Ein Nachruf auf Wolfgang Leonard, der auch im Westen ein unnachgiebiger Dissident blieb

Wolfgang Leonhard bin ich mehrmals begegnet in meinem Leben! Zuerst im Dezember 1965, als er in Mainz einen Vortrag gehalten hatte und ich ihn anschließend eine Stunde lang mit Mikrofon und Tonbandgerät interviewen durfte. Schon damals war ich erstaunt, dass er mich unbekanntem Studenten überhaupt empfing und auf Augenhöhe mit mir sprach. Sein opus magnum „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ (1955) habe ich mindestens zweimal gelesen.

1970 traf ich ihn wieder: Ich studierte in Mainz, er hatte eine Gastprofessur zum Marxismus-Leninismus und hielt, von aggressiven DKP-Studenten umgeben, ein Seminar ab, wo er aus seinem reichen, in der Sowjetunion erworbenen Wissensfundus schöpfte. Damals gab es einen Streit in der Universitätsverwaltung: Auf Einspruch einiger engstirniger Professoren durfte er nicht im Gästehaus der Universität übernachten, weil er weder promoviert noch habilitiert war.

Einmal hielt er einen Vortrag im überfüllten Auditorium Maximum, wohin die Mainzer DKP ihre Spitzenleute entsandt hatte, um ihn, den „Verräter“ am Sozialismus, niederzudiskutieren. Der DKP-Vorsitzende nannte ihn einen „Lumpen“, eine DKP-Genossin, die nach dem KPD-Verbot 1956 im Gefängnis gesessen hatte, war noch nachträglich darüber erbost, dass man ihr, in der Untersuchungshaft das Buch des „Renegaten“ Wolfgang Leonhard in die Zelle gegeben hätte.

Im Herbst 1977, ich war damals Redakteur der WELT in Bonn, traf ich ihn in Recklinghausen auf einer Tagung „Was ist heute links?“, wo auch Rudi Dutschke (1940-1979) auftauchte. Und im Herbst 1985 hielt er in Freudenberg/Siegerland das Einladungsreferat auf einer SPD-Veranstaltung zum 40. Jahrestag der SED-Gründung im April 1946. Er stand am Podium und warnte eindringlich die Sozialdemokraten, die sich damals intensiv für innerdeutsche Entspannung einsetzten, davor, den Verlockungen der aus Ostberlin anreisenden Kommunisten zu erliegen. Beim Abendessen traf ich ihn wieder, und wir unterhielten uns.

Zum letzten Mal sah ich ihn im Spätsommer 1991 auf der Leipziger Buchmesse, wo er bei einer öffentlichen Diskussion auftrat. Wir freuten uns beide, uns hier in Leipzig, vom Kommunismus befreit, wiederzusehen. Ich erzählte ihm, dass ich gerade aus Guayaquil/ Ecuador zurückgekommen wäre, wo ich das Ex-Politbüromitglied Konrad Naumann getroffen hätte, der dort nach dem Mauerfall von 1989 im Exil lebte. Von Gerhard Zwerenz (1925) gibt es eine Erzählung im Band „Helgedenktage“ (1964) über die aus der DDR geflohenen Ex-Kommunisten, die sich vor dem Mauerbau 1961 in Kasbach/Linz am Rhein zu politischen Diskussionen trafen. Der Dichter Peter Jokostra (1912-2007) gehörte dazu, der Arzt Joseph Scholmer (1913-1995), der fünf Jahre im Lager Workuta am Eismeer gewesen war und darüber ein Buch geschrieben hatte „Die Toten kehren zurück“ (1954), die Redakteure Carola Stern (1925 - 2006) mit ihrer Ulbricht-Biografie (1964), Heinz Zöger (1915 - 2000) und Manfred Hertwig (1924). Alle trugen sie Tarnnamen, wenn sie, heftig diskutierend, am Rheinufer entlangliefen. Ich kannte sie alle, einer von ihnen war Wolodja Leonardoff. *Jörg Bernhard Bilke*

Keine Kompetenz erkannt

Brandenburgischer Petitionsausschuss wimmelt Antrag auf Tilgung von SED-Graden eloquent ab

In der vorausgegangenen Fg-Ausgabe teilte Kamerad Peter Heubach sein Unverständnis darüber mit, dass es im wiedervereinten Deutschland ehemaligen DDR-Akademikern gestattet sei, ihre in politisch staatsstreuen Hochschulfächern erworbenen Titel heute noch weiter zu führen. Nach Meinung von Peter Heubach und vieler Opfer und Widerständler des SED-Staates sei dies unrechtmäßig bzw. nicht angebracht, da diese Fächer (z.B. Marxismus-Leninismus, Politische Ökonomie, Geschichte der Arbeiterklasse) nicht mehr in früherer Form gelehrt würden, weil sie keinen wissenschaftlichen und realitätsbezogenen Wert hätten. Heubach wandte sich mit Schreiben vom 27. November 2013 an den Petitionsausschuss des Landes Brandenburg, der ihm nach seiner 77. Sitzung am 29. Juli mit Schreiben vom 4. August 2014 eine abschlägige Antwort (3680/5) erteilte, deren Inhalt wir nachstehend erläutern.

Dem Antwortschreiben liegt eine Stellungnahme des Ministeriums für Forschung, Wissenschaft und Kultur und des dazugehörigen Ausschusses zugrunde. Hierin wird festgehalten, dass dem Brandenburgischen Gesetzgeber im vorliegenden Fall keine Kompetenz für eine Titelaberkennung, wie sie gefordert wurde, zukommt, da es sich dabei um Entscheidungen handeln würde, die im Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik stehen und der Entscheidungsbereich auch nur das Bundesland erreichen würde, was eine Schiefelage im Verhältnis zu den anderen Bundesländern nach sich ziehen würde. (Ansonsten jedoch könnte eine Zuständigkeit durchaus bestehen, was aber nicht ausdrücklich, sondern nur angedeutet in dem Schreiben ausgeführt wird.) Nach Artikel 37 des Einigungsvertrages bleibt das Recht bestehen, die in der DDR erworbenen akademischen Titel, Grade und Berufsbezeichnungen weiterhin zu führen. Dieser Passus wurde per Urteil vom 23. November 2005 des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt. Diese Regelung setzt jedoch nicht unbedingt voraus, dass Inhaber von Titeln und Graden in einem entsprechenden Beruf arbeiten dürfen. Im Schreiben wird dabei auf die ehemalige Juristische Hochschule in Potsdam-Eiche verwiesen, deren Absolventen überwiegend Angehörige des MfS wurden.

Eine schwache Hoffnung vermittelt der Ausschuss in seinem Schreiben jedoch insofern, als er die Möglichkeit nennt, dass der Bundestag nachträglich eine Änderung des genannten Artikels im Einigungsvertrag beschließt, indem er dies mit der Unvereinbarkeit dieser Titel und Grade zu den Grundsätzen eines demokratischen Rechtsstaates begründet. Immerhin wurde die Ausbildung an der Schule in Potsdam-Eiche nur mit dem einen Ziel durchgeführt: die Sicherung der Machtansprüche der sozialistisch-stalinistischen Diktatur mit allen Mitteln. Zu diesen Mitteln gehörten insonderheit die bewusste Beugung von Menschenrecht durch Androhung und Ausübung von Gewalt. Letztere deutliche Feststellung ist in dem Schreiben freilich nicht enthalten, sie hätte vermutlich auch keine Chance, im Bundestag widerspruchslos geäußert zu werden. Also bleibt uns (vorerst) nichts übrig, als die sozialistischen Akademiker weiterhin zu dulden. *B. Thonn*

Der Verrat der Freiheit geht weiter

Ein immer noch traumatisierter Blick auf die heutigen Verhältnisse

☒ Bravo Deutschland!, die Funktionäre, die seinerzeit alle unterdrücken und alles zerstören wollten, sind nach dem Mauerfall alle wieder in gesicherte Posten und Ämter zurückgekehrt. Aber jene, die gegen die Diktatur ankämpften, wurden eingesperrt und leiden nun bis an ihr Lebensende an den Folgen.

Ohne die Unterstützung der USA und der anderen Westmächte hätten wir womöglich noch die politischen Zustände von einst – und gewiss noch schlimmere. Trotzdem, der Verrat der Freiheit geht weiter. Jene, die damals auch den freien Teil der Welt unterjochen wollten, sind längst nicht verschwunden. Immer noch wird ihnen von einer speziellen Sorte von Ideologen Beifall geklatscht, was wir in nicht mal wenigen Fernsehsendungen und in den Printmedien unverhohlen erfahren können. Mit Sorge blicke ich auf Nordkorea oder nach Tschetschenien und bilde mir ein, die Verhältnisse dort könnten auch bei uns einziehen. Das ist für mich ein Drama und ein Trauma. Unsereiner traut sich inzwischen schon nicht mal mehr, über das zu reden, was ihm in der DDR widerfahren ist. Dadurch verfolgen mich derartige Erinnerungen umso stärker, und ich kann mich nicht davon befreien.

Ich würde mir wenigstens wünschen, dass unsere Opferrente um mehr als nur 50 Euro und dies dann wenigstens rückwirkend auf den Juli 2014 erhöht werden könnte. Es wäre ein Trost und könnte ein bisschen helfen. Nicht nur mir, sondern auch jenen, die ebenso übel dran sind wie ich.

Julian Reichelt

Anm. d. Red.: Vorstehender Leserbrief wurde schon vor einigen Monaten verfasst.

Taucht das Geld nun doch noch auf?

Eine weitere Klage um Teile des Vermögens der einstigen DDR-Außenhandelsgesellschaft Novum zeichnet sich ab. Aber wer würde von einem Erfolg profitieren?

Noch ist jene Meldung nicht ganz offiziell, obschon allein das Gerücht auch Verfolgte und Inhaftierte der einstigen DDR aufhorchen lässt: Es heißt, beim Schweizer Bezirksgericht in Zürich sei eine Klage der deutschen Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) anhängig, der zufolge es mal wieder (!) um Teile des Staats- bzw. Parteivermögens aus dem Besitz der ehemaligen DDR geht. Eine Internetagentur beziffert die Summe, bei der es sich im möglicherweise entstehenden Rechtsstreit handelt, mit 135 Mio. Euro. Geklagt wurde demnach gegen die Privatbank Julius Bär, die durchaus ein seriöses Auftreten vorlegt, zumal sie mit ihren Geschäften weltweit tätig ist und neben den großen Bankstandorten in der Schweiz und in Deutschland ihre Niederlassungen u. a. in Lateinamerika, Asien und Afrika hat. Laut Internet verwaltet die Bank ein Vermögen von mehr als 400 Mrd. Franken. Ebenfalls aus dem Internet erfährt man einiges über die Geschichte dieser Bank, die vor allem in den letzten Jahren gewaltig expandierte und die das Unternehmen Julius Bär 2005 von der Bank Cantrade übernommen hat, wobei sich die Klage dem Kern und dem Verlauf nach gegen Letztere richtet. Dass die Bank über das genannte

einstige DDR-Vermögen verfügen könnte, geht auf die in 2012 verstorbene österreichische Kommunistin Rudolfine Steindling (KPÖ) zurück. Diese soll das Geld, das von der damaligen DDR-Außenhandelsgesellschaft Novum stammte, nach dem Zusammenbruch der DDR abgehoben und außer Landes geschafft haben. Wie es bereits vor längerer Zeit hieß, soll die Summe zunächst auf ein Konto der Bank transferiert und später abgehoben worden sein, um es dann in mehreren Banksafes einzulagern. Damit sei das Geld nicht mehr im Aktienbestand. Dennoch gäbe es Hinweise auf den Verbleib. Das ursprüngliche Vermögen wird mit 90 Millionen Euro beziffert und sei durch die Zinsen, die es in den Jahrzehnten eingebracht habe, enorm gewachsen.

Schon seit dem Mauerfall wurde auch durch die VOS beansprucht, ehemaliges DDR-Vermögen zugunsten der SED-Opfer einzusetzen, um für sie eine Wiedergutmachung begangenen Unrechts zu unterstützen. Einer solchen Forderung hatten selbst Politiker der damaligen PDS zugestimmt. In Erwägung gezogen wurde die Variante aber nie, weshalb es aus Sicht der Opfer kaum von Interesse sein dürfte, wie ein Gerichtsentcheid lauten wird. *Hugo Diederich*

Wir trauern um

Herbert Pieper	Bezirksgruppe Stuttgart
Günter Thoß	Bezirksgruppe Chemnitz
Susanne Koch	Bezirksgruppe München
Heinz Schettler	Bezirksgruppe Chemnitz
Hans-Werner Eberhardt	Bezirksgruppe Arnst.-Gotha
Hans-Alfred Kerstan	Bezirksgruppe Leipzig
Werner Friedrich	Bezirksgruppe Berlin
Jürgen Eifler	Bezirksgruppe Döbeln
Horst Müller	Bezirksgruppe Magdeburg
Heinz Veckenstedt	Bezirksgruppe Harz
Kurt Zielinski	Bezirksgruppe Unterfranken
Dr. med.Ursula Philippson	Bezirksgruppe Leipzig
Karl-Günther Kübler	Bezirksgruppe Arnstadt-Gotha

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Ein großes Dankeschön für die Mühe, die Zeit und die Sachkenntnis

*Petra Dietz kandidiert nicht mehr für das Amt der
Opferbeauftragten des Landkreises Vogtland*

Bereits während der letzten Mitgliederversammlung am 28.7. 2014 in Reichenbach erklärte Kameradin Petra Dietz, dass sie künftig nicht mehr für das Amt der Opferbeauftragten des Landkreises Vogtland zur Verfügung stehen wird. Dies ist eine Entscheidung, die der Landesvorsitzende der VOS in Sachsen, Kamerad Frank Nemetz akzeptiert, auch wenn sie von ihm und allen, die Beratung brauchen, als be-
dauerlich angesehen wird.

Kamerad Nemetz nahm selbst in Reichenbach an der Ver-
sammlung teil und dankte Petra Dietz im Namen der VOS
für ihre langjährige vorbildliche Arbeit, zumal es anfangs
nicht leicht war, sich in die Materie einzuarbeiten und den
Betroffenen mit Sachkenntnis die richtigen Antworten auf
ihre Nachfragen zu geben.

Petra Dietz, die die Tätigkeit seit zehn Jahren ausgeübt
hatte, wollte aus persönlichen Gründen nicht mehr berufen
werden. Sie hat in dieser langen Zeit nicht nur zahlreiche
VOS-Mitglieder, sondern jede oder jeden beraten, der Pro-
bleme aufgrund seiner Verfolgungszeit in SBZ und DDR hat-
te. Im Nachhinein gab es von niemandem Beschwerden.

Ganz und gar scheidet Petra Dietz jedoch nicht aus der Be-
ratungstätigkeit aus. Fortan führt sie als Bezirksvorsitzende
ehrenamtlich noch die Opferberatung für die Kreise Rei-
chenbach/ Auerbach/ Elsterberg/ Oberes Voigtland durch.
Dabei geht es um die Schwerpunkte berufliche, verwal-
tungsrechtliche und gesundheitliche Rehabilitierung.

Diese Beratungen finden ab September in der VOS Be-
ratungsstelle Reichenbach jeden zweiten Mittwoch im Monat
in der Friedrich-Ebert-Straße 25 in Reichenbach statt. Es ist
möglich, sich vorab telefonisch unter 03765 521370 anzu-
melden. Die VOS Reichenbach hat nicht nur die größte Be-
zirksgruppe Sachsens, sondern im gesamten Bundesgebiet.
Auf der Agenda der Gruppe stehen neben Zeitzeugenge-
sprächen, Opferberatungen, auch jährliche Fahrten in Ge-
denkstätten wie Mühlberg oder Buchenwald. *Fg/FN*

Erscheinungsmodus und Satzung

(FG) Die bei der 30. Generalversammlung beschlossene
VOS-Satzung wird als Beilage in der nächsten Freiheits-
glocke veröffentlicht. Die Fg erscheint weiterhin im
Zwei-Monats-Rhythmus.

Wanderausstellung „Orte der Friedlichen Revolution“ wird in Leipzig gezeigt

Eine Ausstellung über „Orte der Friedlichen Revolution“ in
Leipzig zeigt 20 Schauplätze des demokratischen Aufbruchs
1989/90, an denen historisch bedeutende Aktionen stattfan-
den. Die Ausstellung erinnert u. a. an die Montagdemonstra-
tion vom 9. Oktober 1989, die Besetzung der Stasi- Zentrale
und an die erste freie Wahl der Vertreter der Volkskammer
am 18. März 1990. Auch an unbekanntere Orte und Ereig-
nisse wie die Bewegungen auf dem Pleißerpilgerweg oder
ein spontanes Straßenmusikfestival wird erinnert.

In Leipzig fand zudem im März 1990 die erste größere
freie Buchmesse auf dem Gebiet der DDR statt, an der auch
der Tykve Verlag mit Autoren wie Alexander Richter oder
Xing-Hu Kuo von der VOS teilnahmen.

Fg/Bürgerkomitee Leipzig

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Op-
fer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und
Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungs-
würdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich
(davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst
nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei
eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**,
sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Herstellung: Satzherstellung Neymanns

Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de.

Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbe-
dingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit
(FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quel-
lenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den
Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

- **einheitlich für alle Mitglieder ab 2013** 45,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement der Freiheitsglocke 24,00 €

Internetseiten der VOS

www.vos-ev.de

Ausgabe 744 erscheint im Oktobe/November 2014

Redaktionsschluss der FG **742/3**: 14. Sept. 2014